



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.fuchsberger-
meyer@stadt-koeln.de

Datum: 27.02.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 07.02.2012, 17:05 Uhr bis 18:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD	ab 17:13 Uhr
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Frau Katrin Barion	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Frau Bettina Houben	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU	
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU	ab 17:16 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen	ab 17:11 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli	GOL
-----------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs

Auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-
Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Dr. Herbert Berger

Frau Dr. Anne Bunte

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Stephan Neuhoff

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Frau Dr. Sabine van Eyck

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Jentgens

SPD

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 18. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und wünscht für das Jahr 2012 Gesundheit und Erfolg.

Im Namen des Gesundheitsausschusses gratuliert sie unter Beifall der Ausschussmitglieder nachträglich Herrn Dr. Krebs zum 85. Geburtstag.

Zur vorliegenden aktuellen Tagesordnung schlägt die Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 6.1 - Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz – mit Punkt A – Vortrag über den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz – zusammen zu behandeln.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Bericht über den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Erhöhter Methanolgehalt in Wodka
5215/2011

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Situation von alkoholkranken Menschen in Köln
AN/0166/2012

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

6 Mitteilungen

6.1 Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz
4996/2011

6.2 PFT-Fund im Grundwasser in Porz-Grengel
0469/2012

6.3 Lüftung in Passivhäusern
0479/2012

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Bericht über den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz

wird zusammen beraten mit

6.1 Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz 4996/2011

Frau Dr. van Eyck (Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle des Gesundheitsamtes) stellt anhand einer Power-Point-Präsentation anonymisierte Fallbeispiele aus der Arbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle vor.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für den interessanten Vortrag und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift (*Anlage 1*) beizufügen.

Anschließend beantwortet Frau van Eyck die umfangreichen Fragen von SE Herrn Dr. Krebs, RM Frau Gärtner, SB Frau Houben, SE Herrn Dr. Zastrow, SE Herrn Eichmüller, SB Frau Barion, RM Frau Schmerbach und SE Frau Röhrig.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach hält die Kernaussage im Hinblick auf eine breite Vernetzung für wichtig, damit Erkrankungen im Vorfeld frühzeitig erkannt werden.

Frau Beigeordnete Reker hält diese Vorgehensweise für wünschenswert und effektiver, als zu einem späteren Zeitpunkt eine größere Anzahl von Teams im Gesundheitsamt einzusetzen. Die frühzeitige Erkennung der psychischen Probleme sollte vorrangiges Ziel sein.

Abschließend fasst RM Frau Schmerbach zusammen, dass durch diesen Vortrag der Politik nochmals Impulse gegeben werden, sich mit der Problematik auseinander zu setzen. Wichtig sei ein gut funktionierendes Netzwerk, damit Prävention frühzeitig beginnen könne.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Erhöhter Methanolgehalt in Wodka 5215/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

SB Frau Houben bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Beantwortung ihrer Anfrage. Irritiert habe sie, dass sie in der Kölnischen Rundschau die Antwort auf ihre Fragen zwei/drei Tage bevor sie ihr vorlag, gelesen habe.

Frau Beigeordnete Reker erklärt, dass die Antwort, sobald sie in der Datenbank Session gespeichert sei und auf der Tagesordnung stehe, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stünde.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Situation von alkoholkranken Menschen in Köln AN/0166/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 2*) umgedruckte Anfrage zur Kenntnis.

Herr Dr. Berger (Leiter der Abteilung Psychiatrie- und Suchtkoordination, Gesundheitsberichterstattung und -aufklärung) nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. Wie sieht die Auslastung der Kölner Suchtberatungsstellen aus?

- In den fünf Fachberatungsstellen für Menschen mit Alkohol- und Medikamentensucht wurden in 2010 ca. 1750 Menschen beraten.
- Davon waren ca. ein Drittel Einmalkontakte. Ungefähr zwei Drittel der Menschen nahmen zwei und mehr Beratungskontakte in Anspruch. Eine Vermittlung in eine Rehabilitationsmaßnahme bedarf einer Beratungsfolge mit mehreren Kontakten.

2. Welche niedrigschwelligen Angebote gibt es für alkoholranke Menschen in Köln?

- Die Fachberatungsstellen seien als „Komm-Angebot“ grundsätzlich nicht niedrigschwellig.
- Die ca. 100 Selbsthilfegruppen haben zwar auch eine „Komm-Struktur“, seien jedoch leichter und anonym zugänglich.
- Ebenfalls anonym sei der telefonische Suchtnotruf, der jährlich über 2000 Anrufe entgegen nehme.
- Ausgesprochen niedrigschwellig sei das Internetportal www.suchthilfe-koeln.de der Kölner Arbeitsgemeinschaft für Suchtfragen (Zusammenschluss der Träger der Fachberatungsstellen und der Selbsthilfegruppen im Alkohol- und Medikamentenbereich). Es fasse sämtliche Informationen über das Kölner Suchthilfesystem im Bereich Alkohol zusammen und stelle diese sehr anschaulich dar. Derzeit werde das Portal 1300 – 1500 Mal pro Monat aufgerufen.
- Mit dem Internetportal werde das Hilfeangebot gerade für jüngere Menschen zugänglicher und transparenter gemacht.
- Das Portal ermögliche die völlig anonyme Informationsrecherche und stelle mit seinen muttersprachlichen Versionen (türkisch und russisch) für Menschen mit Migrationshintergrund einen verbesserten Informationszugang her.
- In 2010 sei beim Sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes ein aufsuchendes und damit sehr niedrigschwelliges Angebot als Projekt ausgelaufen.

- Für die Zielgruppe der älteren Menschen mit einer Alkohol- oder Medikamentenproblematik gebe es kein spezifisches Angebot.

3. Finanzierung der Angebote für alkoholranke Menschen in Köln

- Die Kölner Fachberatungsstellen erhalten insgesamt 482.000 Euro. Davon werden mit ca. 282.000 Euro die linksrheinischen Beratungsstellen und mit 24.000 Euro die Kölner Selbsthilfegruppen gefördert. Die Anonymen Alkoholiker finanzieren sich selbst.
- Die beiden rechtsrheinischen Beratungsstellen erhalten jeweils 100.000 Euro.
- Der Aufbau und die fortlaufende Redaktionsarbeit des Internetportals wurden bisher über Sponsormitteln (in 2011 ca. 6.500 Euro für Pflege und Domäne) finanziert. Mit Beginn der Jahres 2012 sei die Finanzierung des Internetportals völlig ungesichert. Es stehen weder Sponsormittel noch Haushaltsmittel zur Verfügung.

Es sei zu befürchten, dass das Internetportal eingestellt werden müsse.

Aus Sicht von Herrn Dr. Berger sei der Alkoholbereich in Köln unterfinanziert.

RM Herr Paetzold bedankt sich für die kurzfristige Beantwortung und fragt nach, ob es richtig sei, dass das gut laufende Internetportal zurzeit von der Schließung bedroht sei, da keine Haushaltsmittel dafür eingestellt seien.

Herr Dr. Berger bestätigt dies. Der Aufbau des Portals erfolgte mit Sponsorenmitteln. Im städtischen Haushalt konnten keine Mittel eingestellt werden.

RM Frau Schmerbach bemerkt, dass der Alkoholkonsum bei älteren Menschen laut Berichterstattung in den Medien zunehme. Könne dies die Verwaltung bestätigen?

Herr Dr. Berger stellt fest, dass er das Problem nur begrenzt im Alkoholbereich sehe. Er glaube zwar, dass alte Menschen mehr trinken, aber darüber hinaus sei die Medikamenteneinnahme ebenfalls ein Thema, das nicht vernachlässigt werden sollte.

Das Gesundheitsamt versuche derzeit mit Hilfe der ambulanten Pflegedienste bzw. -heime und in Kooperation mit dem Sozialamt zu erfassen, wie viele Medikamente alte Menschen einnehmen. Die Daten sollen auch die Arbeit der Pflegedienste unterstützen, da diese häufig die Übersicht verlieren. Es werde zunächst versucht, mit Bordmitteln einen genaueren Informationshintergrund zu erhalten.

Frau Dr. Bunte ergänzt zur Alkoholproblematik, dass das Gesundheitsamt seit Anfang dieses Jahres bei den in ihren Wohnungen tot aufgefundenen Menschen aufliste, ob sie alkoholkrank waren. Nach einer entsprechenden Auswertung der Daten werde der Gesundheitsausschuss informiert.

Herr Dr. Berger macht deutlich, dass das Abstimmungsproblem bezüglich der Medikamentenverabreichung nicht nur die Ärzte, sondern auch die Apotheken betreffe. Um die Bevölkerung über den richtigen Umgang mit Medikamenten zu informieren, habe die Kommunale Gesundheitskonferenz in Zusammenarbeit mit dem Apothekerverband Köln im Jahr 2010 einen Flyer erstellt.

Nach Auffassung von SE Herrn Dr. Zastrow bemühe sich die Ärzteschaft schon darum, die Kommunikationsaufgaben gerade im Bereich der Medikamentenverordnung (z.B. Sedativa und Schmerzmittel) zu erfüllen.

SE Herr Dr. Krebs bekräftigt, dass das Alkohol- und Medikamentenproblem uralt und mit einem Eisberg zu vergleichen sei. Er habe 1974 als einer der ersten Ärzte in Köln damit begonnen, an den Akutkrankenhäusern Selbsthilfegruppen zu installieren und versucht, die Patienten und Patientinnen noch unmittelbar nach ihrer Alkoholintoxikation zu motivieren, in diese Gruppen zu gehen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

Keine

6 Mitteilungen

**6.1 Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz
4996/2011**

wird zusammen behandelt mit

A Bericht über den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsdienst als frühzeitige und nachhaltige Vermittlungsinstanz

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung nach intensiver Diskussion zur Kenntnis.

**6.2 PFT-Fund im Grundwasser in Porz-Grengel
0469/2012**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 3*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Wunsch der Vorsitzenden RM Frau Schmerbach macht Frau Beigeordnete Reker ergänzende Erläuterungen zur Mitteilung.

Die Verwaltung sei bemüht, Grundwasserschäden erst gar nicht entstehen zu lassen. Bereits bei der Genehmigung von Gewerbe- und Industriebetrieben müsse sichergestellt werden, Gefahrenpotenziale zu minimieren. Das bedeute, die Umgebung sei so zu gestalten, dass mögliches Löschwasser aufgefangen werde und es im Schadensfall nicht zu kontaminiertem Grundwasser komme. Die Überwachung der Gewerbe- und Industriebetriebe solle sicherstellen, dass die in den Genehmigungen vorgesehenen Sicherheitsbedingungen sich in einem entsprechenden Zustand befinden. Es gebe ein jährlich stattfindendes Grundwasser-Monitoring, das 270 Messstellen innerhalb der Stadt abdecken.

RM Herr Dr. Strahl weist darauf hin, dass die Bundeswehr über ein eigenes Wasserwerk verfüge, das entsprechende Untersuchungen vorgenommen habe. Ihn interes-

sieren, inwieweit es Sinn mache, die abgefragten Parameter zu vereinheitlichen. Es sollten keine verschiedenen Qualitätsstandards zugrunde gelegt werden.

Frau Beigeordnete Reker sichert zu, die Antwort der Niederschrift beizufügen.

SE Herr Steffens möchte wissen, ob die Wasserstellen, die die Verwaltung zum Monitoring benötige, auch für Kausalitäten verwendet werden könnten. Dann erkenne man, dass hier unterschiedliche Konzentrationen vorhanden seien und die Quelle könne lokalisiert werden.

Auch hier sagt Frau Beigeordnete Reker eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Anfragen werden wie folgt beantwortet:

Antwort zur Anfrage von Herrn Dr. Strahl:

Die Kontrolle des Roh- und Trinkwassers im Bereich der Luftwaffenkaserne wurde und wird regelmäßig von der Bundeswehr veranlasst. In der Vergangenheit wurden jedoch keine PFT Untersuchungen vorgenommen.

Aufgrund der PFT Spuren in einigen Messstellen in Porz-Grengel, hat die Verwaltung die Bundeswehr informiert und Untersuchungen des Trinkwassers auf PFT initiiert. Der Parameterumfang der PFT- Einzelstoffe sowie die Methodik der Untersuchungen wurden mit den zuständigen Dienststellen der Bundeswehr abgestimmt. Die Stoffgruppe der perfluorierten Tensiden (PFC) werde seit März 2011 von den Untersuchungsstellen nach dem deutschen Einheitsverfahren DIN 38407-42 untersucht und bestimmt. Die Beurteilung der Werte erfolgt nach den vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW veröffentlichten Bewertungsmaßstäben für PFT-Konzentrationen in NRW.

Antwort zur Anfrage von Herrn Steffens

Ja, aus den Analyseergebnissen der Grundwasser-Monitoringmessstellen und dem Wissen über die vorherrschende Grundwasserfließrichtung können Zusammenhänge zwischen möglichen Eintragsstellen und der Verbreitung von Schadstoffen vermutet werden. Genaue Rückschlüsse auf eine mögliche Schadstoffquelle kann jedoch nur durch eine Verdichtung von Untersuchungsstellen erreicht werden. Durch die Kenntnis der lokalen Grundwasserfließrichtung und unterschiedlichen Schadstoffkonzentrationen im Grundwasser können verdächtige Areale eingegrenzt werden. Für eine exakte Lokalisierung der Eintragsstelle sind u. U. zusätzliche Grundwassermessstellen zu bohren.

6.3 Lüftung in Passivhäusern 0479/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 4*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Professor Dr. Wiesmüller nimmt Bezug auf die Diskussion in der gestrigen Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft. Nach Gesprächen mit verschie-

denen Gemeinden besteht Einvernehmen, dass es auch in Passivhäusern vernünftig sei, zu einer gesundheitszuträglichen Ventilation zu kommen, indem die künstliche Belüftung und das Fensterlüften durch die Nutzer sinnvoll kombiniert werden. Alle bisherigen Diskussionen kommen zu dem Schluss, dass sich alle Beteiligten bei einer standardisierten vorgegebenen Luftmenge auf eine finanziell zuträgliche Anlagengröße einigen können, indem durch CO₂-Sensoren sichergestellt werde, dass ab einer CO₂-Konzentration von 1000 ppm eine Fensterlüftung vorgenommen werde.

Im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wurden die vom Gesundheitsamt vorgeschlagenen Frischluftmengen für die jeweiligen Bereiche Kindertagesstätten (20 m³ pro Person in der Stunde) und Grundschulen (25 m³ pro Person in der Stunde) akzeptiert. Auf Wunsch von RM Herrn Brust hat die Verwaltung eine Korrektur bei den weiterführenden Schulen vorgenommen. Hier wurde die erforderliche Frischluftmenge von 30 m³ auf 25 m³ pro Person in der Stunde gesenkt.

RM Herr Peil ist froh über diese Einigung. Er hofft, dass sich die technische Situation in den nächsten Jahren weiterentwickeln werde. Es handele sich hier um einen Kompromiss, mit dem man erst einmal leben könne.

Für SE Herrn Dr. Zastrow stelle sich die Frage, wie die Systeme Strukturqualität (Raumluftechnische Anlage) und Prozessqualität (Wer öffnet das Fenster?) nebeneinander existieren können. Die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen sollten in die Mitverantwortung bei der Prozessqualität genommen werden.

7 Mündliche Anfragen

Keine

Schmerbach
(Ausschussvorsitzende)

Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin)

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

11 Beschlussvorlagen

Keine

12 Mitteilungen

Keine

13 Mündliche Anfragen

Keine

Schmerbach

(Ausschussvorsitzende)

Fuchsberger-Meyer

(Schriftführerin)